

Wien, im August 2019

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schatz!

In der 84. Sitzung des Nationalrates am 2. Juli 2019 haben Sie sich für die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes des Artikels 7 der Bundesverfassung ausgesprochen und ein Ende der Diskriminierung von Menschen gefordert, denen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft ein gemeinsames Familienleben in Österreich verwehrt wird.

Sie thematisierten in diesem Zusammenhang die „Hürden, die Menschen jahrelang in den Weg gelegt worden sind, nur weil sie sich für die Liebe entschieden haben“ und plädieren dafür, dass allen Familien in Österreich dieselbe Anerkennung und derselbe Respekt gebührt. Wir begrüßen Ihren Einsatz für mehr Gleichberechtigung und möchten gleichzeitig auf eine weitere gravierende Ungleichbehandlung in Bezug auf die **Ehe für alle** hinweisen:

Viele Österreicher\_innen, deren Partner\_innen keine EU/EWR-Staatsbürgerschaft besitzen, werden durch die gegenwärtige Rechtslage an einem gemeinsamen Familienleben gehindert. Zu den zahlreichen Hürden für eine Partnerschaft bzw. Ehe zählt das Erschweren oder gänzliche Versagen der Einreise, denn es gibt in Österreich noch immer keine Möglichkeit, ein Visum zum Zweck der Eheschließung zu beantragen. Außerdem müssen viele Menschen in unsichere Drittstaaten reisen, um das für den Aufenthaltstitel für Familienangehörige geforderte Deutschzertifikat zu erhalten, da es nicht in jedem Land ein anerkanntes Deutschinstitut gibt. Dazu kommen finanzielle Hürden: Als monatliches Mindesteinkommen werden 1.398,97€ netto gefordert; ein Gehalt, das insbesondere von Frauen und sozial benachteiligten Menschen, vor allem Alleinerzieherinnen und Menschen mit Behinderungen, nicht erreicht wird. Hinzu kommt ein Teil der Miete und 143,97€ für jedes im gemeinsamen Haushalt lebende Kind.

Wir möchten in Erinnerung rufen, dass sich Österreich zur Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, einschließlich des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens gemäß Artikel 8 verpflichtet hat. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Eltern und deren Kindern trotzdem ein familiäres Zusammenleben dermaßen erschwert wird.

Es ist die Aufgabe der Politik, Verantwortung zu übernehmen und bürokratische Hürden, die ein gemeinsames Familienleben erschweren, abzubauen. Wir fordern Sie daher auf, diese Diskriminierung zu beenden und sich für erleichterte Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Familienangehörige österreichischer Staatsbürger\_innen auszusprechen. Binationale Familien dürfen nicht länger voneinander getrennt werden! Auch dieser Missstand muss beseitigt werden und der Vergangenheit angehören!